

SPD-Bundestagsfraktion

Arbeit in Deutschland - Wo wir heute stehen

Sozialdemokratische Reformen für Arbeit in Deutschland

Vor sieben Jahren haben wir eine der umfassendsten Reformen für den Arbeitsmarkt in der bundesdeutschen Geschichte begonnen. Das zentrale Verdienst dieser Politik ist es, die schleichende Gewöhnung an Massenarbeitslosigkeit beendet und den Kampf um Vollbeschäftigung neu aufgenommen zu haben. Wir haben vielen Bürgerinnen und Bürgern, die Arbeit suchen, durch bessere Qualifizierung und Vermittlung neue Chancen auf einen Arbeitsplatz ermöglicht. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Betreuung aus einer Hand und die Einbeziehung von Sozialhilfeempfängern in die Arbeitsförderung bleiben von überragender Bedeutung. Auch dass wir die weit verbreitete Praxis der Frühverrentung begrenzt und die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer spürbar erhöht haben, ist eine richtige Weichenstellung zugunsten höherer Erwerbsbeteiligung bei steigender Lebenserwartung.

Neue Herausforderungen erfordern neue Konzepte

Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung. Deshalb müssen wir jetzt weiterdenken und unsere Konzepte weiterentwickeln. Die Verhältnisse der Arbeitswelt sind oft unfair geworden. Der ökonomische Strukturwandel schreitet voran. Dabei besteht die Gefahr, dass wir in Deutschland zugleich einen Mangel an Fachkräften und eine fortgesetzt hohe Zahl von Arbeitslosen haben, die nicht gut genug qualifiziert sind. Die Anstrengungen bei Bildung, Berufsqualifizierung und Weiterbildung müssen dramatisch gesteigert werden.

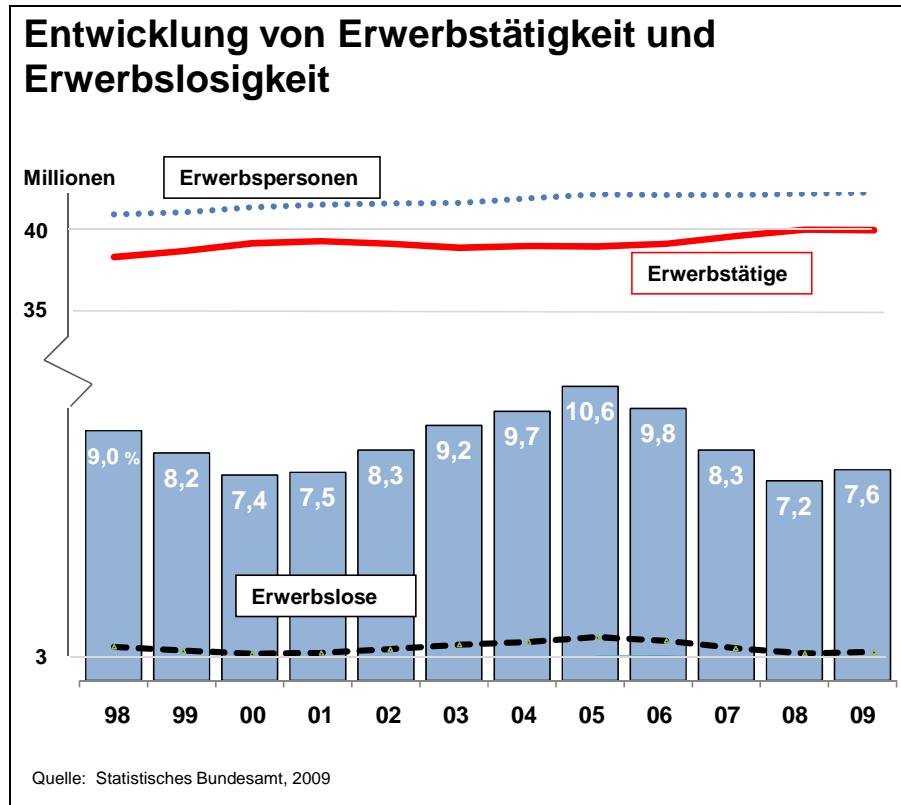
Leistung muss sich wieder lohnen

Arbeit muss sich wieder lohnen. Doch geringe Löhne und unsichere Beschäftigung haben sich ausgebreitet. Das gefährdet die Leistungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Zeitarbeit wird missbraucht, um Tarifstrukturen zu umgehen und Löhne zu drücken. Auf dem Arbeitsmarkt muss wieder Ordnung geschaffen werden, durch Mindestlöhne, durch die Stärkung der Tarifverträge und der Mitbestimmung, nicht zuletzt durch die Begrenzung der Leih- und Zeitarbeit auf ihren eigentlichen Zweck zur Abdeckung von Auftragsspitzen. Die Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse verstärkt die Unsicherheit und blockiert den sozialen Aufstieg. Wir wollen daher das unbefristete Arbeitsverhältnis stärken.

Arbeit in Deutschland – Daten und Fakten

Wichtige Erfolge und zentrale Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind an einer Reihe von Indikatoren festzustellen.

I. Mehr Beschäftigung, weniger Arbeitslosigkeit



Seit 1998 ist die Zahl der Erwerbspersonen gestiegen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Zugleich gibt es mehr Erwerbstätige. 2009 hatten mehr als 40 Millionen Menschen Erwerbsarbeit. Nach einem auch statistisch begründeten Anstieg der Arbeitslosenquote in 2005 – die SPD-geführte Bundesregierung hat die vormalige Schattenarbeitslosigkeit erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger offen in der Arbeitslosenstatistik ausgewiesen – ist die Arbeitslosigkeit bis 2009 auf 7,6 Prozent gesunken.

Der deutsche Arbeitsmarkt war gestärkt, als die Finanz- und Wirtschaftskrise einbrach, und bleibt auch im Februar 2010 noch relativ stabil. Die Zahl der Arbeitslosen lag zuletzt bei 3.643.000. Saisonbereinigt ist die Zahl der Arbeitssuchenden nur um 7.000 gestiegen. Insbesondere die Kurzarbeit hat den deutschen Arbeitsmarkt auch in diesem Monat entlastet. Für das Jahr 2010 droht die Zahl der Arbeitslosen aber weiter zu steigen. Dabei besteht die Gefahr einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit. Während sich im Rechtskreis SGB III (Arbeitslosengeld I) Eintritte und Austritte weitgehend ausgleichen, wird die Arbeitslosigkeit im SGB II („Hartz IV“) steigen.

- **Erwerbspersonen** sind Personen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept), die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen.
- **Erwerbstätige** sind Personen, die wenigstens eine Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschließlich Soldaten und Soldatinnen sowie mithelfenden Familienangehörigen), oder selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben.
- **Erwerbslose** sind Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen.

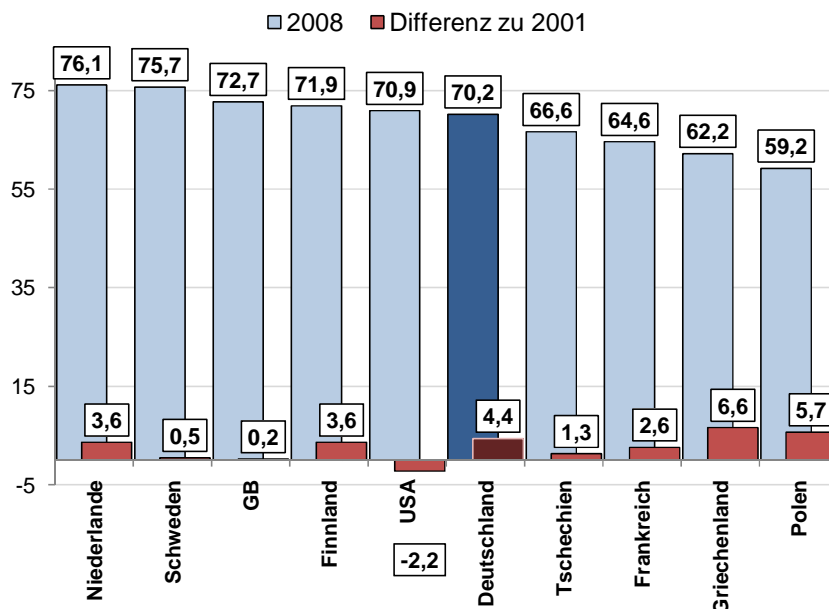
Mehr Dynamik – Beschäftigungsquote im internationalen Vergleich

Unter der Beschäftigungsquote bzw. Erwerbstätigenquote versteht man den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Im letzten Jahrzehnt verlief der Beschäftigungsaufbau in Deutschland dynamischer als in einer Reihe anderer Staaten – wie USA, Großbritannien, Niederlande, Finnland oder Schweden.

Beschäftigungsquote 2008 und Veränderung zu 2001

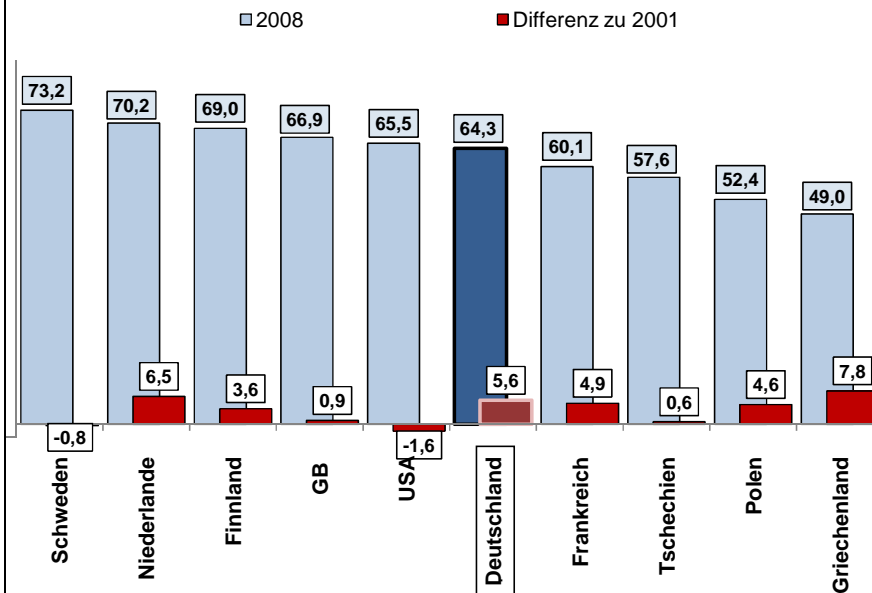
Angaben in Prozent



Quelle: OECD, 2009

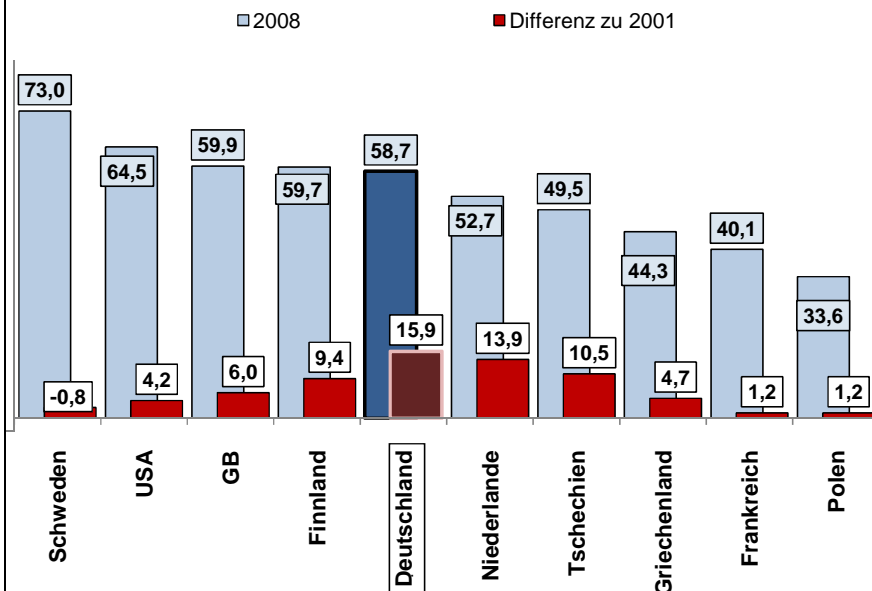
Die Beschäftigungsintensität des Wachstums ist gestiegen. Die Beschäftigungsquote in Deutschland nahm um 4,4 Prozentpunkte auf den historischen Höchstwert von 70,2 Prozent zu. Zu diesem Erfolg hat die überdurchschnittlich gestiegene Beschäftigungsquote bei Frauen (5,6 Punkte) und vor allem bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit einem Plus von rund 16 Prozentpunkten beigetragen. Eine stärkere Zunahme war nur in Spanien, Griechenland, Polen und der Slowakei zu verzeichnen, die in der Ausgangslage jedoch allesamt ein deutlich niedrigeres Beschäftigungsniveau zeigten. Deutschland rückte im laufenden Jahrzehnt an die erfolgreichen kontinentaleuropäischen Länder Niederlande und Schweden heran. Im Gegensatz dazu haben die USA in den letzten Jahren an Boden verloren und lagen 2008 nur noch knapp vor Deutschland.

Beschäftigungsquote der Frauen



Quelle: OECD und Bertelsmann Stiftung 2009

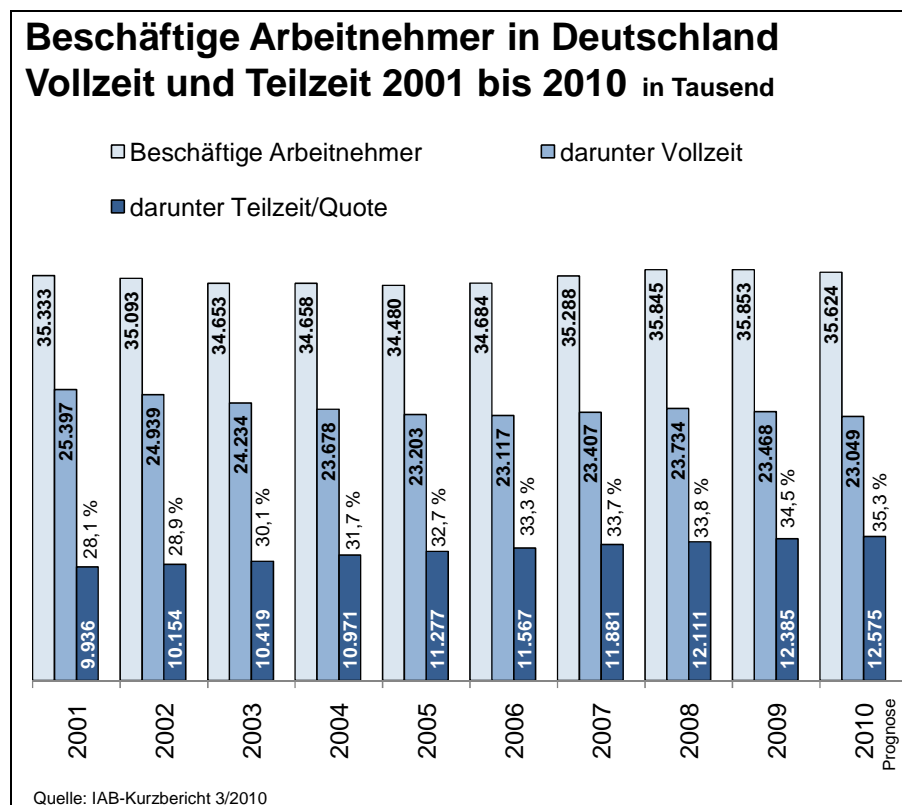
Beschäftigungsquote Älterer (55 bis 64 Jahre)



Quelle: OECD und Bertelsmann Stiftung 2009

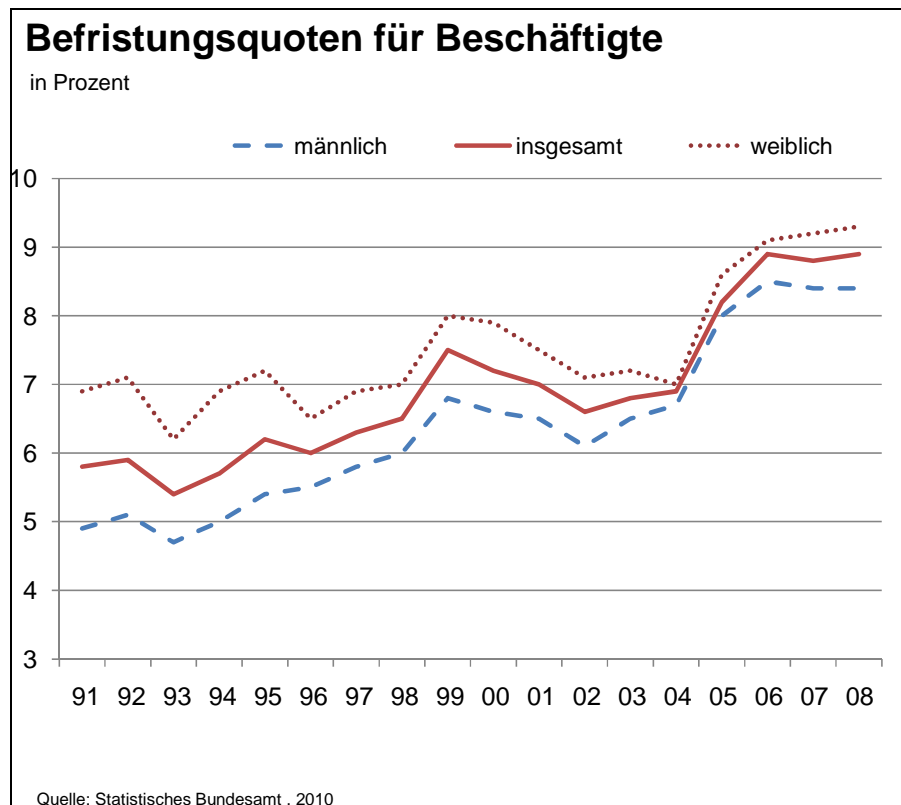
II. Vollzeitarbeit geht zurück, Teilzeitarbeit nimmt zu

Die Struktur der Beschäftigung in Deutschland hat sich verändert: Die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze hat abgenommen, Teilzeit ist gestiegen. Teilzeitarbeit ist weiblich: weit über 80 % dieser Beschäftigungsverhältnisse werden von Frauen ausgeübt. Wer länger als sechs Monate in einem Betrieb mit mehr als 15 Beschäftigten arbeitet, hat das Recht, Teilzeit zu beantragen. Sie wird zum Teil freiwillig gesucht, um entlang des Lebenszyklus Zeit zu gewinnen für familiäre Aufgaben. Sie ist aber auch ein Mittel von Arbeitgebern, Lohnkosten zu senken. Viele Beschäftigte wünschen sich eine höhere Arbeitszeit und einen vollwertigen Arbeitsplatz, auch weil die Lohneinbußen sie empfindlich treffen. Ein besonderes Problem der steigenden Teilzeitquote sind Beschäftigungsverhältnisse, in denen regelmäßig mehr gearbeitet werden muss, als entlohnt wird. So genannte „Teilzeit ohne Begrenzung der Stundenzahl“ wird gezielt missbraucht, um Lohnkosten zu drücken und Arbeitnehmer auszubeuten.



III. Befristete Arbeit nimmt zu

Die Zahl befristeter Arbeitsverträge hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zugenommen. Rund 2,7 Mio. (8,9 %) der abhängig Beschäftigten hatten 2008 einen Vertrag auf Zeit. Die Angaben beziehen sich auf "Kernerwerbstätige" im Alter bis 65 Jahre, ohne Auszubildende sowie Schülerinnen, Schüler und Studierende mit Nebenjob.



Befristete Beschäftigung ist nicht gleichmäßig über alle Personen- und Berufsgruppen verteilt. Wiederum zeigt sich, dass häufiger Frauen betroffen sind. Und: Insbesondere jüngere Beschäftigte sind es, die lediglich befristete Arbeitsverträge bekommen. Für rund jeden Fünften befristet Beschäftigten (20,9 %) handelte es sich bei der ausgeübten Tätigkeit um einen zeitlich begrenzten Probearbeitsvertrag. „Befristung“ verteilt sich außerdem ungleich auf einzelne Branchen. Besonders häufig finden sich befristete Jobs in den „neuen“ Dienstleistungssparten. Überproportional betroffen sind Beschäftigte im Bereich „Öffentliche und private Dienstleistungen“ mit einem Anteil von 13,3 %. Befristungen entsprechen nur selten den Wünschen der Arbeitnehmer. Von den 2,7 Mio. befristet Beschäftigten des Jahres 2008 erklärten nur 2,5 %, keine Dauerstellung gewünscht zu haben.

IV. Leiharbeit nimmt zu – hat aber geringen Anteil an der Beschäftigung

Zeitarbeit hat sich zwischen 2001 und 2008 mehr als verdoppelt. Gemessen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sie dennoch mit 710.000 Beschäftigungsverhältnissen (2,6 %) eine geringe Bedeutung. Die Branche reagiert frühzeitig auf konjunkturelle Veränderungen. Entsprechend zeigten sich hier die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise früher als in anderen Branchen. Zeitarbeit ist bis Mitte 2009 auf 531.000 Beschäftigte gesunken.

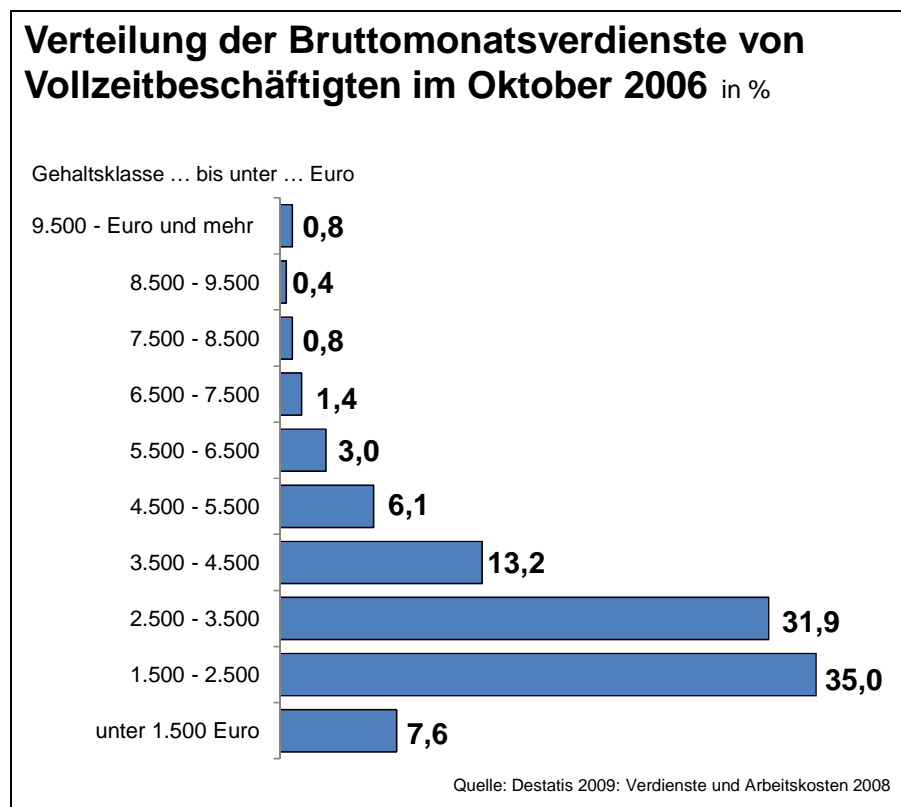


V. Gespaltene Lohnentwicklung

Löhne sind die bedeutendste Einkommensquelle der Beschäftigten in Deutschland. Ihre Höhe, Entwicklung und Verteilung bestimmen wesentlich den privaten Konsum und damit auch die konjunkturelle Entwicklung. Weiterhin stellen sie für die Unternehmen Kosten dar. Die Bruttoverdienste und die Lohnnebenkosten ergeben die Arbeitskosten, deren Niveau und Entwicklung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft mit prägen.

1. Verteilung der Löhne

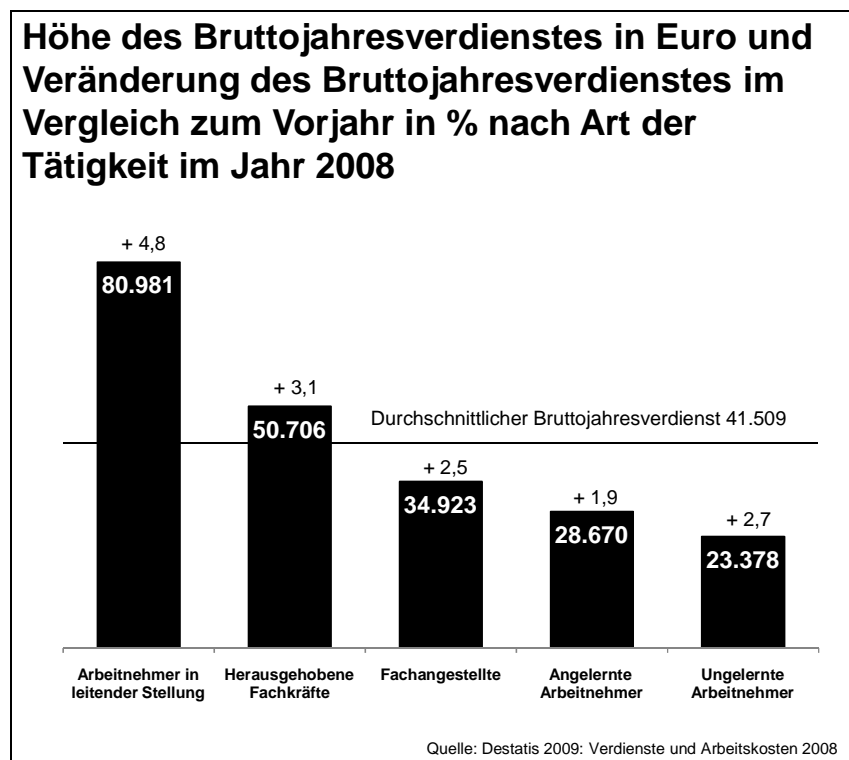
Gut jeder dritte vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer verdiente 2006 zwischen 1.500 und 2.500 Euro. Rund 75 % der Beschäftigten erhielten bis zu 3.500 Euro Brutto. Der Niedriglohnsektor bis 1.500 Euro umfasste 7,6 %. Mehr als 9.500 Euro verdienten nur 0,8 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.



Die unteren 20 % der Arbeitnehmer verdienten weniger als 1.947 Euro und die oberen 20 % mehr als 3.826 Euro. Besonders hohe Verdienste konnten Geschäftsführer mit Jahresverdiensten von 91.180 Euro und Juristen mit 82.161 Euro erzielen. Sehr wenig verdienten Friseure (15.787 Euro) und Glas- und Gebäudereiniger (21.313 Euro).

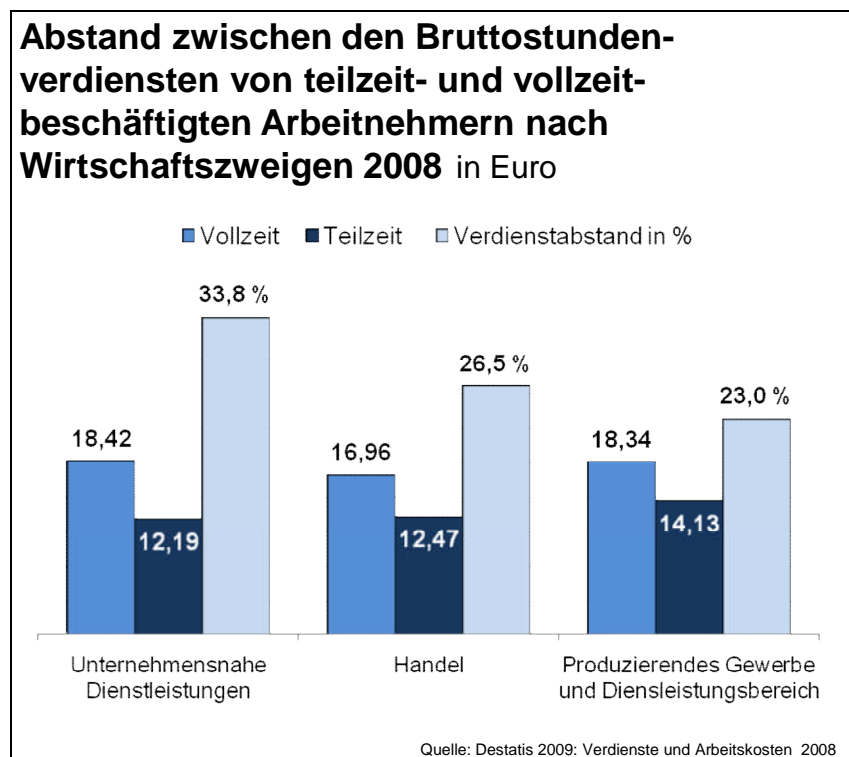
2. Gespaltene Lohnentwicklung – Gewinner und Verlierer

Die Lohnentwicklung ist gespalten: Wer viel hat, bekam am meisten dazu. Leitende Angestellte hatten im Jahr 2008 mit 4,8 % die höchste Verdienststeigerung, die zudem deutlich über der Preisentwicklung lag. Auch gut qualifizierte Fachkräfte hatten einen vergleichsweise hohen Verdienstzuwachs (+3,1 %). Anders sieht es für die schlechter qualifizierten Arbeitnehmer aus. Fachangestellte und ungelernete Arbeitnehmer konnten mit ihren Verdienstzuwächsen ihr Reallohniveau sichern. Angelernte Arbeitnehmer verdienen im Jahr 2008 nur 1,9 % mehr als im Jahr 2007 und waren mit einem Reallohnverlust von 0,7 Prozentpunkten die Verlierer.



3. Die Lohnlücke zwischen Vollzeit und Teilzeit

Teilzeitbeschäftigte arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich durchschnittlich 24,2 Stunden und erhielten 1.483 Euro im Monat. Das heißt: Teilzeitarbeitnehmer verdienen je Arbeitsstunde deutlich weniger als Vollzeitarbeitnehmer. Der Bruttostundenverdienst von Teilzeitbeschäftigten – zu 80 % Frauen, siehe oben – war mit 14,13 Euro je Stunde 23 % niedriger als der Bruttostundenverdienst eines Vollzeitbeschäftigten (18,34 Euro).



Den größten Unterschied zwischen dem Verdienst eines voll- und eines teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers gab es in den unternehmensnahen Dienstleistungen und im Handel. Am geringsten ist dieser Abstand in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung (4,6 %) und Erziehung und Unterricht (10,8 %). Die Lohnlücke hat zwei Ursachen: Teilzeitbeschäftigte sind seltener in gut bezahlten Positionen und im Fachkräftebereich tätig. Zudem arbeiten Teilzeitbeschäftigte überwiegend in Dienstleistungsbereichen, die vergleichsweise niedrige Verdienste zahlen.

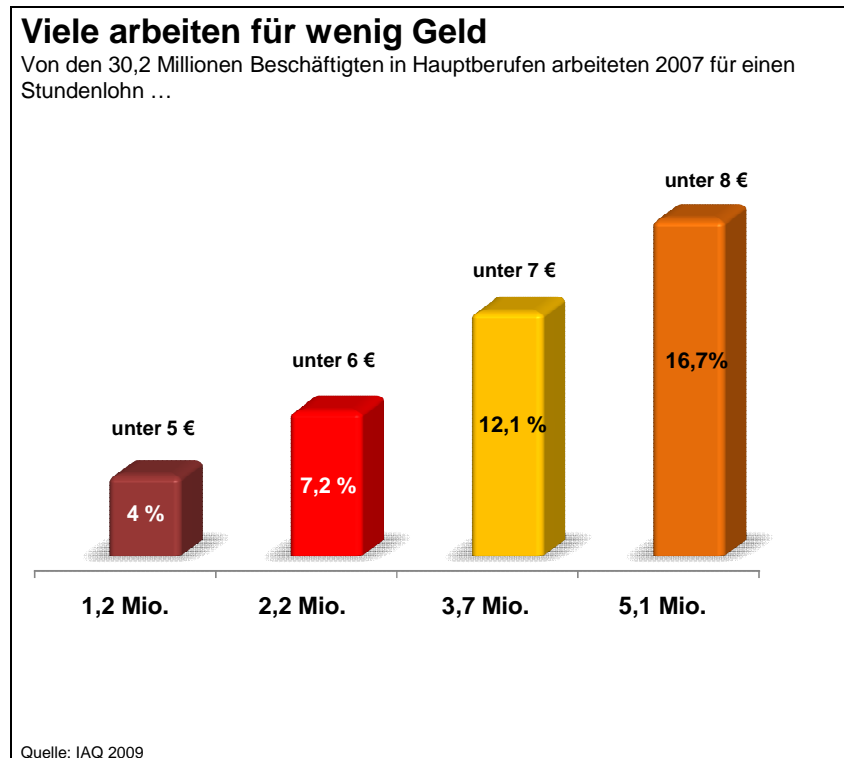
VI. Niedriglöhne nehmen zu, der Steuerzahler zahlt drauf

Die Definitionen des Niedriglohnsektors sind in der Wissenschaft nicht einheitlich. In Anlehnung an die OECD wird **Niedriglohn** als ein Bruttolohn bezeichnet, der unterhalb von zwei Dritteln des nationalen Medianbruttolohns aller Vollzeitbeschäftigten liegt. Der Median ist der Wert, der die Anzahl der Löhne genau in zwei Hälften teilt. Diese Schwelle liegt in Deutschland bei 1.800 Euro brutto im Monat.

Der Niedriglohnsektor in Deutschland hat zugenommen. Sehr hoch ist der Anteil von Beschäftigten mit Niedriglohn bei Friseurinnen und Friseuren (85 %), Taxifahrerinnen und -fahrern (82 %), Leiharbeitern (77 %), Beschäftigten in Wäschereien und chemischen Reinigungen (65 %), der Gastronomie (63 %), Hotellerie (61 %) sowie in der Gebäudereinigung (56 %). Einer Studie der Universität Duisburg zufolge ist schlecht bezahlte Arbeit nicht länger nur ein Problem der Ungelernten: 67,5 % der Niedriglohnbeschäftigten können eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen, nur knapp ein Viertel besitzt keine Qualifikationen.

1. Stundenlöhne – mehr als 5 Millionen bekommen unter 8 Euro

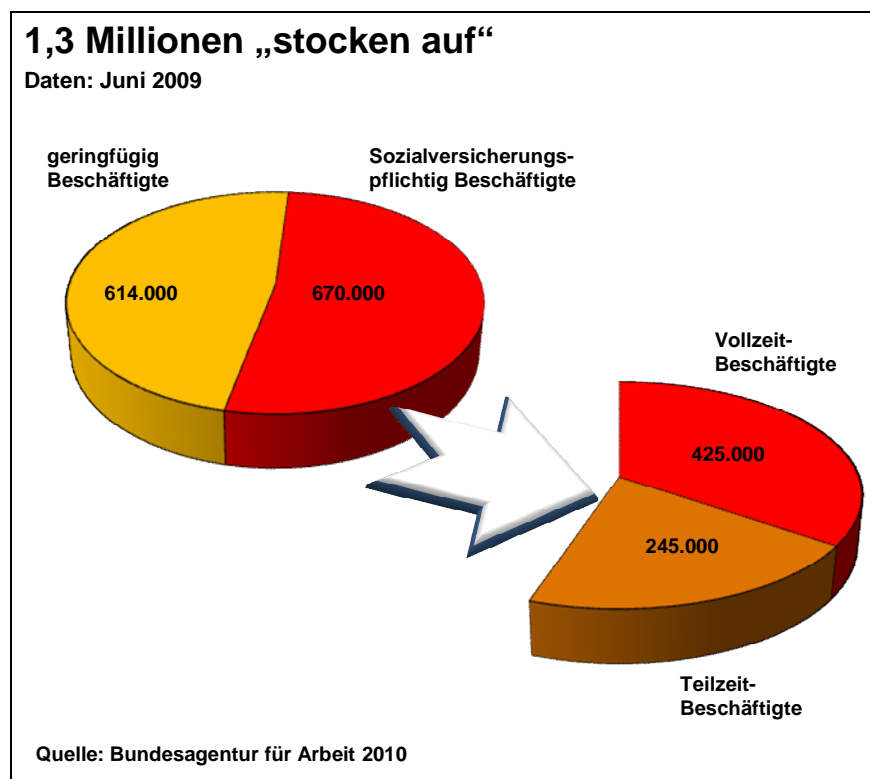
Menschen, die einen Niedriglohn bekommen, arbeiten zum Teil für unter sechs Euro pro Stunde. Jeder dritte Niedriglohnbeschäftigte arbeitet für weniger als 6 Euro brutto, 1,2 Millionen Betroffene sogar weniger als 5 Euro.



2. „Aufstocker“ – Lohndumping auf Staatskosten

Jeder, der am Arbeitsmarkt nicht genug Einkommen für seinen Lebensunterhalt verdient, hat Anspruch auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen. Im Juni 2009 hatten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit rund 1,3 Millionen Erwerbstätige in Deutschland einen so niedrigen Lohn, dass sie „aufstocken“, also staatliche Transferleistungen in Anspruch nehmen mussten. Sogar 425.000

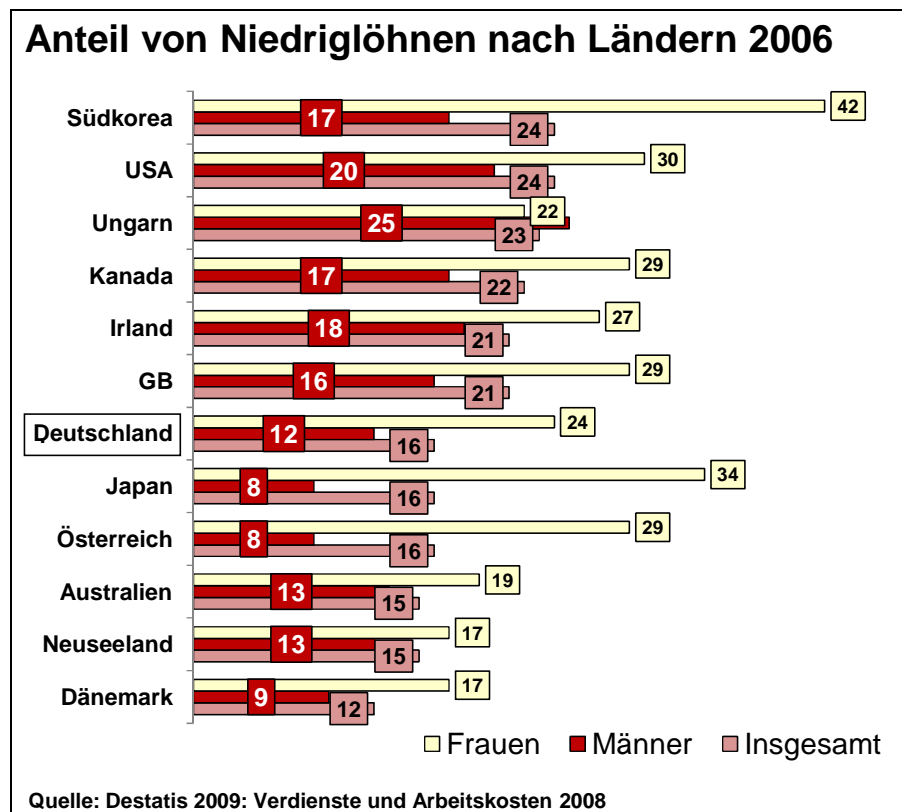
Vollzeitbeschäftigte bekamen ergänzende Hartz-IV-Leistungen. Die Hans-Böckler-Stiftung geht davon aus, dass darüber hinaus noch über eine halbe Million Beschäftigte einen Anspruch auf ergänzende Grundsicherung haben, ihn aber nicht einlösen, weil sie nicht wissen, was ihnen zusteht, oder weil sie aus Scham den Gang zum Jobcenter vermeiden.



Grundsicherung in Kombination mit Niedriglöhnen ist also letztendlich nichts anderes als Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers und zu Lasten des Sozialstaates. Dieses Vorgehen mancher Arbeitgeber ist nicht zu tolerieren.

3. Niedriglohnsektor im internationalen Vergleich – Deutschland im Mittelfeld

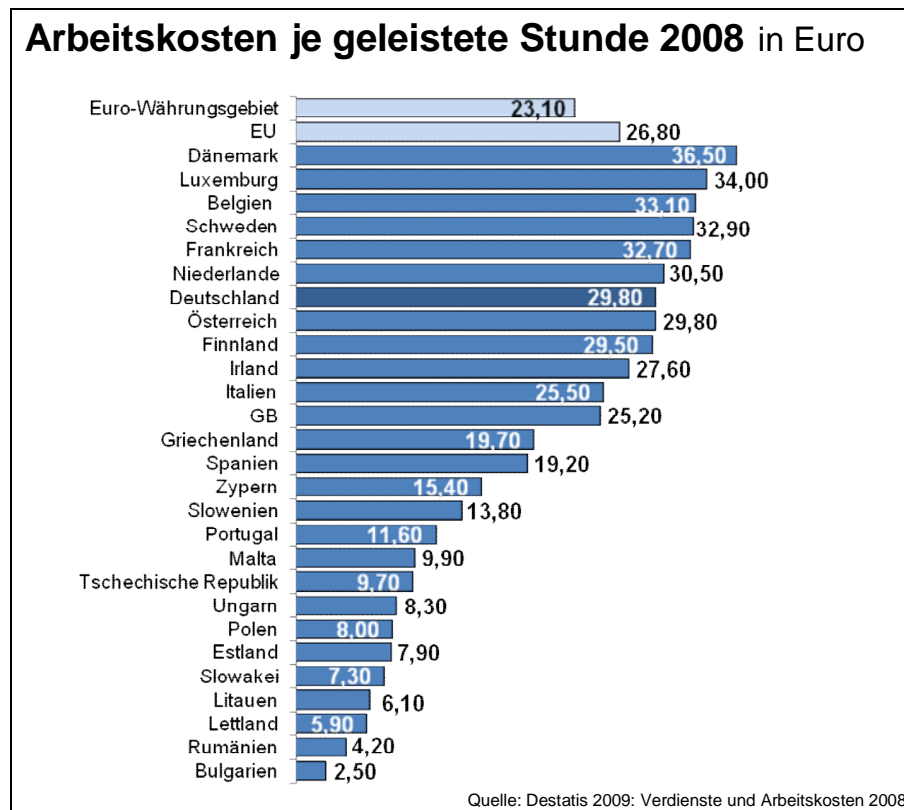
Für den internationalen Vergleich sind nur wenige Angaben verfügbar. Der OECD liegen für eine kleine Zahl von Ländern vergleichbare Daten für das Jahr 2006 vor. Demnach lag Deutschland mit einem Niedriglohnanteil von 16 % im Mittelfeld. Am höchsten war der Anteil in Südkorea und den Vereinigten Staaten mit 24 %, am niedrigsten in Dänemark mit 12 %. In fast allen Ländern lag der Anteil bei den Frauen über dem der Männer. Der größte Unterschied war dabei in Japan festzustellen: Männer 8 %, Frauen 34 %. Aber auch in Deutschland sind Frauen mit 24 % doppelt so häufig von Niedriglöhnen betroffen als Männer. Das hat nur zum Teil damit zu tun, dass Frauen in den Familien nicht Haupt-, sondern Hinzuverdiener sind. Immer öfter steckt offene Diskriminierung dahinter. Wieder zeigt sich: Prekäre Arbeitsverhältnisse treffen Frauen in besonderer Weise.



VII. Arbeitskosten im europäischen Vergleich

1. Arbeitskosten in Europa – Deutschland im oberen Drittel

Die **Arbeitskosten** umfassen die Gesamtheit aller den Arbeitgebern mit der Beschäftigung von Arbeitskräften entstehenden Aufwendungen. Dazu gehören die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer, die von den Arbeitgebern getragenen Sozialbeiträge und Kosten der beruflichen Aus- und Fortbildung.



Die Höhe und die Steigerung von Löhnen in Deutschland entscheiden auch über die relative Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich. Zuletzt wurde gestritten, ob Deutschland durch niedrige Löhne seine Exportstärke auf Kosten anderer europäischer Länder steigern könnte. Tatsache ist aber: Deutschland liegt bei den Arbeitskosten im oberen Drittel der EU-Länder und innerhalb des Euro-Raums weit über dem Durchschnitt. Arbeitgeber in Deutschland zahlten für eine Stunde Arbeit im Jahr 2008 im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich insgesamt durchschnittlich 29,60 Euro, in der Privatwirtschaft waren es 29,80 Euro. Trotz dieser Position erzielt die Exportwirtschaft Jahr für Jahr hervorragende Ergebnisse. Entscheidend sind hierbei die hohe Produktivität, die Qualifikation der Arbeit und die diversifizierte Qualitätsproduktion in Deutschland. Auch die geringe Zahl von Streiktagen und der Arbeitsfriede, getragen vom deutschen Modell der Mitbestimmung, verbessern die internationale Wettbewerbsposition erheblich. Fazit: Deutschland ist im europäischen Vergleich Hochlohnland. Das deutsche Produktionsmodell hat viele ökonomische und soziale

Facetten, die dennoch einen Vorsprung begründen. Unfairer Wettbewerb ist das nicht.

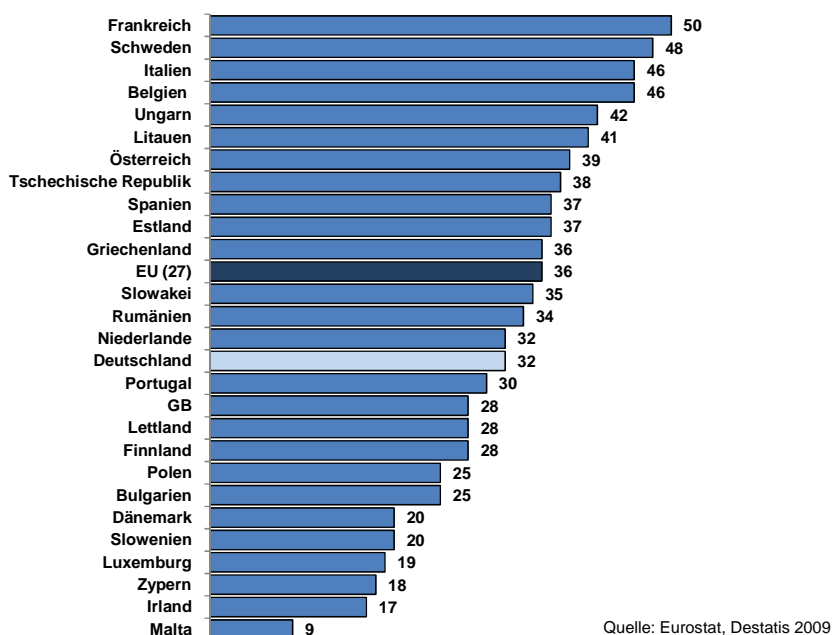
Tatsache ist auch: Betrachtet man das Wachstum der Arbeitskosten, zeigt sich die Entwicklung in Deutschland sehr moderat. In der jeweiligen Landeswährung gemessen hatte Deutschland (+2,5 %) hinter Malta (+1,8 %) im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr in der Privatwirtschaft das geringste Wachstum aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Damit setzte Deutschland auch im Jahr 2008 den Trend fort, seit 2001 stets zu den EU-Mitgliedstaaten mit den geringsten Wachstumsraten der Arbeitskosten zu zählen. Während die Arbeitskosten in Deutschland im Jahr 2000 noch 41 % über dem EU-Durchschnitt lagen, verringerte sich dieser Abstand im Jahr 2008 auf 29 %. Fazit: Die Lohnentwicklung in Deutschland muss vor dem Hintergrund der Ausgangssituation bewertet werden. Mit der EU-Osterweiterung haben sich die Ungleichgewichte im europäischen Binnenmarkt massiv erhöht. Eine Strategie der Beschäftigungssicherung in Deutschland, wo mit die höchsten Löhne gezahlt werden, muss das berücksichtigen. Allerdings holen andere Länder bei den Löhnen auf. In Deutschland darf die Lohnentwicklung in Zukunft nicht dauerhaft hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleiben. Dies führt zur dauerhaften Schwäche der Binnennachfrage.

2. Lohnnebenkosten in Europa – Deutschland unter dem Durchschnitt

Bestandteil der Arbeitskosten sind die **Lohnnebenkosten**, hauptsächlich die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung. Um ihren Anteil an den gesamten Arbeitskosten unabhängig vom Lohnniveau eines Landes darzustellen, wird hier die Relation zwischen Lohnnebenkosten und Bruttoverdiensten betrachtet: Wie viel Euro legen die Arbeitgeber je 100 Euro Bruttoverdienst „oben drauf“?

Arbeitgeberverbände, FDP und Union kritisieren immer wieder die vergleichsweise hohen Lohnnebenkosten in Deutschland. Fakt ist: Deutschland liegt in Europa nicht über, sondern unter dem Durchschnitt.

Auf 100 Euro Bruttoverdienst zahlten Arbeitgeber in der Privatwirtschaft 2008 ... Euro Lohnnebenkosten



In Deutschland gelang es in den zurückliegenden zehn Jahren, die Sozialversicherungsbeiträge wieder unter 40 Prozent zu bringen, der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialversicherung liegt inzwischen unter der 20-Prozent-Marke. Die Höhe der Sozialabgaben in Deutschland ist heute für die besseren Einkommensgruppen möglicherweise ein subjektives Ärgernis, aber kein objektives arbeitsmarktpolitisches Problem. Durch die Beitragsbemessungsgrenzen sinkt bei sehr guten Einkommen sogar die relative Belastung der Arbeit. Ganz anders bei geringen und mittleren Einkommen: Hier ist die Sozialabgabenbelastung im Verhältnis zum Lohn im internationalen Vergleich sehr hoch. Oft verhindert sie das Entstehen sozialversicherungspflichtiger Arbeit und macht Ausweichstrategien in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (Mini-Jobs) oder Schwarzarbeit so lohnend.